

Starke Stimme – auch im nächsten Jahr

VBE Bundesversammlung beschließt inhaltliche Zielrichtung

Ein Parforceritt durch die bildungspolitisch relevanten Themen – so lässt sich die jährlich stattfindende Bundesversammlung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) wohl am besten beschreiben. Hierfür kamen am 15. November 2018 Delegierte aus allen VBE Landesverbänden in Dortmund zusammen. Neben Organisatorischem wird auf der Bundesversammlung die inhaltliche Zielrichtung des VBE Bundesverbandes festgelegt. Alle Positionen können Sie auf der Webseite nachlesen unter: <https://www.vbe.de/der-vbe/bundesverband/positionen-des-bundesverbandes>.



Thema: Inklusion

Positionen: „10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention: Inklusion braucht Ressourcen“ und „Barrierefreiheit priorisieren!“

Der VBE bekennt sich ausdrücklich zur gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen, die stets an dem Kindeswohl ausgerichtet sein muss. Es ist jedoch mit Blick auf die vom VBE in Auftrag gegebenen, repräsentativen forsa-Umfragen zum Thema Inklusion (2013, 2015 und 2017) deutlich sichtbar, dass die Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht noch nicht gegeben sind. Der VBE fordert daher das Unterrichten im Zwei-Pädagogen-System und mit Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, zu denen auch Schulgesundheitsfachkräfte gehören. Außerdem muss ein angemessenes Angebot an Fortbildungen geschaffen und die hohe Qualität dieser sichergestellt werden. Darüber hinaus ist es wichtig, Barrierefreiheit den gleichen Stellenwert wie dem Brandschutz einzuräumen. Denn wir wissen: Wird bei dem Neubau Barrierefreiheit nicht umgesetzt, manifestiert das für Schülergenerationen, dass an dieser Schule Kinder, Eltern und Lehrkräfte mit Einschränkungen ggf. nicht angemessen in die Abläufe der Schule inkludiert werden können.

Thema: Ausbildung in pädagogischen Berufen

Positionen: „Mangel bekämpfen! Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern durch Veränderung der Erzieherausbildung und Steigerung der Attraktivität des Berufs“ und „Eckpunkte für eine zukunftsorientierte Lehrerbildung!“

Überall fehlt pädagogisches Fachpersonal. Diese Situation ist auch entstanden, weil die Ausbildungsbedingungen nicht attraktiv sind. Deshalb setzt sich der VBE zum Beispiel dafür ein, dass die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher kostenfrei wird und zudem eine Ausbildungsvergütung gezahlt wird. Der VBE setzt sich weiter dafür ein, dass Erzieherinnen und Erzieher eine Ausbildung auf Fachhochschulniveau erhalten. Es muss angestrebt werden, dass ein deutlich höherer Anteil der Beschäftigten im Elementarbereich studiert hat. Für das Lehramtsstudium muss gelten: Dieses schließt unabhängig von Schulart und Schulstufe mit dem Master oder Staatsexamen ab. Fokus der Veränderung des bisherigen Studienangebots muss sein, die angehenden Lehrkräfte noch besser auf ihren Schulalltag und die Anforderungen, die in der Schule an sie gestellt werden, vorzubereiten. Hierfür muss das Curriculum um Querschnittsthemen erweitert und die Verzahnung von Bildungsforschung und Lehrerausbildungsinstitutionen enger werden.

Thema: Werte- und Demokratieverziehung

Positionen: „Werte- und Demokratieverziehung an Schule stärken!“ und „Haltung zählt: Bildung gegen jede Form von Extremismus“

Die Ergebnisse der kürzlich veröffentlichten „Wertestudie“ des VBE zeigten, dass Schule gestärkt und in die Lage versetzt werden muss, allen in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen das Entwickeln einer eigenen Werthaltung auf Basis unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu ermöglichen. Dafür braucht es vor allem mehr Zeit, mehr Gestaltungsspielräume und die feste Verankerung der Erziehungs- und Bildungsziele in den Lehrplänen von Schulen. Zur Prävention von politisch oder religiös motiviertem Extremismus muss dies in der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung thematisiert, ein gleichberechtigter Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung für alle Kinder und Jugendlichen gewährleistet und eine klare Vision der gesamten Schulgemeinschaft zum Umgang mit Radikalisierung und Extremismus im Bildungskontext entwickelt werden.

Forderung steht fest: 6 Prozent mehr!

Anfang 2019 geht es auf in eine neue Tarifrunde. Die Gewerkschaften haben sich im Vorfeld hierzu am 20. Dezember 2018 getroffen und ihre Forderungen für die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder vorgestellt. Um die Anschlussfähigkeit an den Bund und die Kommunen zu sichern, ist der Fokus eine lineare Erhöhung von 6 Prozent mehr auf einer Laufzeit von 12 Monaten, mindestens 200 Euro.



Die Delegation des VBE bei der Forderungsfindung mit dem VBE-Bundesvorsitzenden, Udo Beckmann (2. v.l.), und Jens Weichelt (4. v.l.), stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender Geschäftsbereich Tarifpolitik

Mit Blick auf die in Wahlkampfzeiten hochgelobten Lehrkräfte betonte der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, dass nun die Zeit sei, „Lobesworte in bare Münze“ umzuwandeln. Jens Weichelt, stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender Geschäftsbereich Tarifpolitik und Mitglied der Verhandlungskommission, konstatiert: „Das Aufholen der Einkommensrückstände im Länderbereich ist für die Gewerkschaften die große Herausforderung der Tarifrunde 2019, um den Anschluss an Bund und Kommunen nicht zu verlieren.“

Im Vorfeld des Beschlusses der Bundestarifkommission hatten die Beschäftigten die Möglichkeit genutzt, ihre Vorstellungen und Forderungen auf den sogenannten „Branchentagen“, die vom dbb beamtenbund und tarifunion organisiert wurden, zu artikulieren. VBE Landesverbände und -Mitglieder beteiligten sich hieran. Hier zeigte sich auch, dass die Forderungen der Beschäftigten aber über die Anhebung der Tabellenentgelte hinausgehen. Sie erwarten die stufengleiche Höhergruppierung, wie im Tarifrecht bei Bund und Kommunen, und die Realisierung der Paralleltabelle.

Der Auftakt der Tarifrunde ist am 21. Januar 2019 in Berlin, danach sind weitere Verhandlungen für den 06./07. Februar 2019 sowie den 28. Februar/01. März 2019 in Potsdam terminiert. Unter www.vbe.de/presse finden Sie tages-aktuell die Kommentierung der aktuellen Verhandlungsschritte.



Der VBE im Gespräch: MdB Nicola Beer, FDP

Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, und sein 1. Stellvertreter, Rolf Busch, trafen Anfang Dezember die FDP-Generalsekretärin und Bundestagsabgeordnete Nicola Beer. Sie ist fachpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion für Bildung.

Freundliche Begrüßung, dann wird auch schon das Tablet aufgeklappt. Gelebte Digitalisierung bei der Generalsekretärin der FDP. Kein Wunder also, dass der Fokus des Gesprächs mit ihr das Lernen in der digitalen Welt war. Sie sehe, dass dafür ganz andere finanzielle Ressourcen notwendig seien, betonte jedoch auch, dass nicht nur die Gelder endlich fließen müssten, sondern dass es vor allem darum gehe, was dann damit gemacht wird. Aus ihrer Sicht fehlt es an Fortbildungen und Lehr- und Lernmaterial genauso wie an der Infrastruktur. Sie plädiert für die Stärkung der „eigenverantwortlichen Schule“. So könne die Schulleitung selbst entscheiden, ob die Informatik-Lehrkraft einen Bonus für die Übernahme der Wartung der PCs erhält oder technisches Fachpersonal dafür eingestellt werden soll.

Weitere Themen des Gesprächs waren der Ausbau von Ganztagschulen und Innovation im Schulbau. Hier betonte der VBE Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, insbesondere, dass durch den jahrelangen Abbau von Stellen im kommunalen Bereich nicht mehr genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt seien, um Anträge auf finanzielle Unterstützung zu prüfen und freizugeben. So werde der Aus- und Umbau von Schulen deutlich verlangsamt.

ETUCE beschließt Resolutionen zur Bildungsqualität und Zukunft Europas

Die Rolle der Bildungsgewerkschaften bei der Gestaltung der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa stand im Mittelpunkt einer Sonderkonferenz der ETUCE, dem Europäischen Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft, welche im November 2018 in Athen stattfand.



Die Delegation des VBE um den Bundesvorsitzenden Udo Beckmann zusammen mit der Präsidentin der ETUCE, Christine Blower (4. v.l.), bei der ETUCE-Konferenz am 27./28.11.2018 in Athen

Verabschiedet wurden in Athen mehrere Resolutionen mit dem Ziel, den Herausforderungen von Lehrkräften in Europa und der Vision einer hohen Bildungsqualität und gerechterer Verhältnisse als Basis einer stabilen Demokratie nachzukommen. Im Fokus standen dabei unter anderem Forderungen nach mehr öffentlichen Investitionen, nach einem effektiven sozialen Dialog, nach Gleichstellung und Gerechtigkeit in der Bildung und einem Eintreten für demokratische Werte. Ebenso waren die Anerkennung und Wertschätzung der Profession und faire Arbeitsbedingungen zentrale Punkte.

In verschiedenen Workshops und Impulsreferaten wurde herausgestellt, dass den Bildungsgewerkschaften auf europäischer Ebene eine zentrale Rolle zukommt und nur sie das demokratische Mandat haben, im sozialen Dialog und im Europäischen Semester über alle Ebenen hinweg mit gemeinsamer Stimme zu sprechen. Hierfür, dies wurde deutlich, muss ihre Rolle weiter gestärkt werden.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE